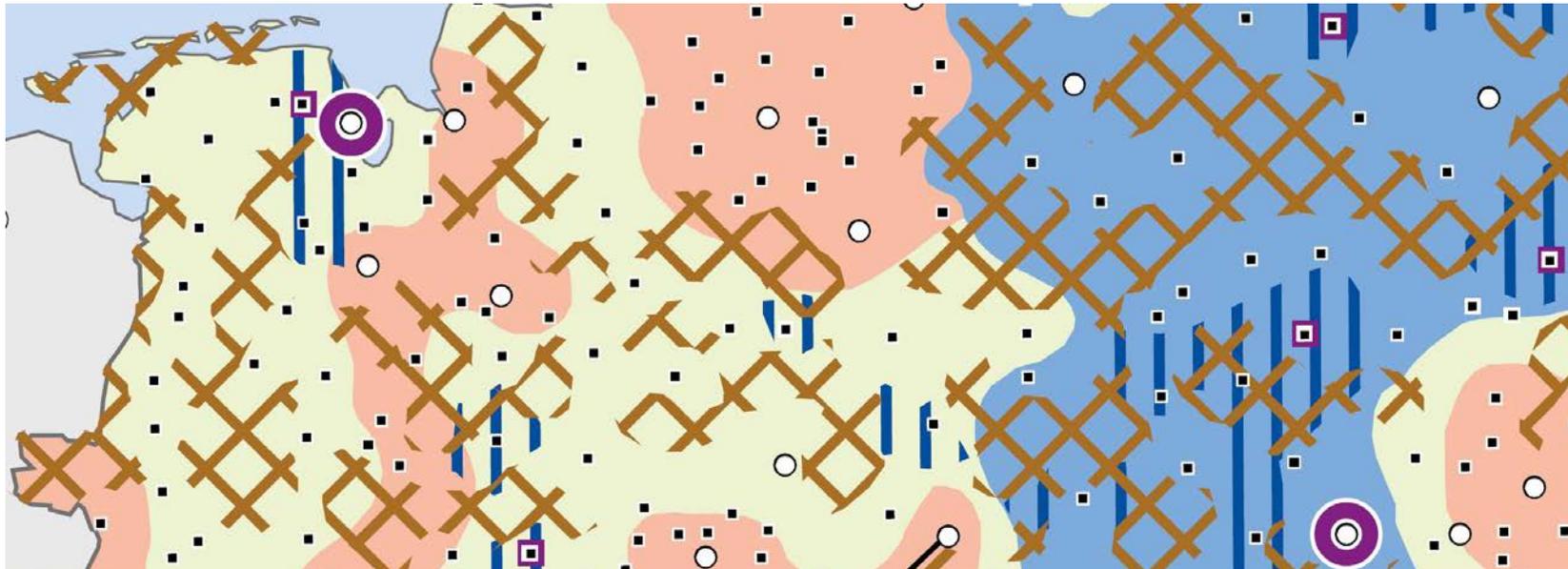


DIE ZUKUNFT DER DASEINSVORSORGE



Prof. Dr. Thorsten Wiechmann, TU Dortmund

- 1 Einführung: Zum Begriff ‚Daseinsvorsorge‘
- 2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends
- 3 Raumordnungspolitische Ansätze
- 4 Raumordnungspolitisches Fazit



1 Einführung: Zum Begriff ‚Daseinsvorsorge‘

Was meint Daseinsvorsorge?

Das **BVerfG** fasst unter **Daseinsvorsorge** Leistungen, „derer der Bürger zur Sicherung einer menschenwürdigen Existenz unumgänglich bedarf“. Es handele sich um „Aufgaben, die unmittelbar oder mittelbar der persönlichen Lebensbewältigung des einzelnen Bürgers dienen“.

Die **EU** spricht dagegen von **Dienstleistungen von allgemeinem Interesse** und versteht darunter marktbezogene oder nichtmarktbezogene Tätigkeiten, die im Interesse der Allgemeinheit auch dann erbracht werden, wenn der Markt unter Umständen nicht genügend Anreize dafür bietet.

<i>Staat</i>	Leistungsstaat	Gewährleistungsstaat
<i>Paradigma</i>	wohlfahrtsstaatlich	liberal
<i>Kriterium</i>	Gerechtigkeit	Effizienz
<i>Erbringung</i>	vorwiegend öffentlich	auch privatwirtschaftlich
<i>Kritik</i>	paternalistisch, staatsfixiert	marktradikal

- Trend zum Gewährleistungsstaat, aber nicht bruchfrei. Mehrzahl der Leistungen wird nach wie vor von Staat und Gemeinden erbracht und sie ist i.d.R. rechtlich vor Wettbewerb geschützt.

1 Einführung: Zum Begriff ‚Daseinsvorsorge‘

Was gehört dazu?

TECHNISCHE INFRASTRUKTUREN

- Verkehr: Schiene, Straßen, Wasserstraßen, Luftverkehrsnetz
- Öffentlicher Personenverkehr
- Ver- und Entsorgung: Wasser, Abwasser, Abfall, Elektrizität, Gas, Fernwärme
- Rundfunk, Telekommunikation, Internet

SOZIALE INFRASTRUKTUREN

- Bildung: Kita, Schulen, Hochschulen, Volkshochschulen
- Gesundheitsversorgung
- Kinderbetreuung, Jugendhilfe
- Pflege, Seniorenheime
- Kultur: Theater, Museen, Bibliotheken

SICHERUNG UND ORDNUNG

- Polizei
- Feuerwehr, Katastrophenschutz
- Rettungsdienst
- Hochwasserschutz
- Straßenreinigung

WEITERE BEREICHE

- Verwaltung, Bürgerdienste
- Post, Banken und Sparkassen, Versicherungen
- sozialer Wohnungsbau
- Sportstätten, Schwimmbäder
- Friedhöfe

1 Einführung: Zum Begriff ‚Daseinsvorsorge‘

Daseinsvorsorge unter Druck: Herausforderungen

1. Demographischer Wandel (älter, weniger, bunter) berührt alle Bereiche der Daseinsvorsorge.

Daseinsvorsorge



Die Karte veranschaulicht lediglich...
Die Signatur...

Handelsblatt, 21.09.2017

VERBLÜHENDE LANDSCHAFTEN

Großstädte boomen, ländliche Regionen sterben aus: Deutschland muss dringend Strategien entwickeln, um die Daseinsvorsorge zu sichern, heißt es in einem Bericht – der eigentlich erst nach der Wahl öffentlich werden sollte

FOCUS, 28.10.2017

VERSORGUNGS-LAGE AUF DEM LAND WIRD SCHLECHTER



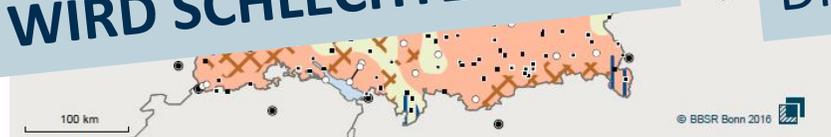
Zentrale Orte Stand 2014

- Oberzentren
- Mittelzentren

BILD, 27.10.2017

ZU WENIG ÄRZTE, SCHULEN, SUPERMÄRKTE

Die bittere Wahrheit über das Leben auf dem Land



Datenbasis: Laufende Raumbewertung des BBSR, Erreichbarkeitsmodell des BBSR,
BBSR-Bevölkerungsprognose 2012-2035/Zensus
Geometrische Grundlage:
Bearbeitung: T. Pütz

1 Einführung: Zum Begriff ‚Daseinsvorsorge‘

Daseinsvorsorge unter Druck: Herausforderungen

1. Demographischer Wandel (älter, weniger, bunter) berührt alle Bereiche der Daseinsvorsorge.
2. Klimawandel erfordert vorsorgeorientierte Anpassung und Schutz vor Extremwetter.

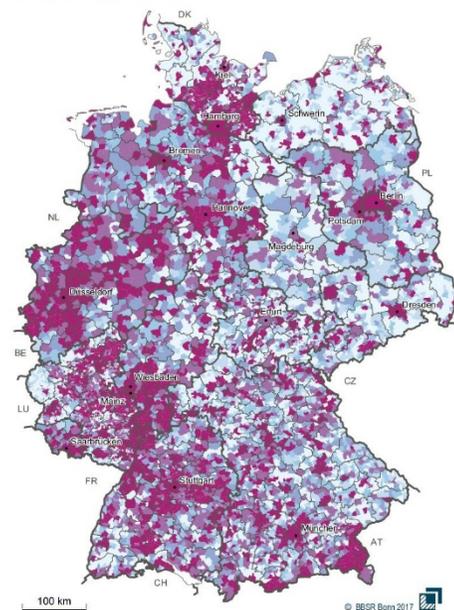


1 Einführung: Zum Begriff ‚Daseinsvorsorge‘

Daseinsvorsorge unter Druck: Herausforderungen

1. Demographischer Wandel (älter, weniger, bunter) berührt alle Bereiche der Daseinsvorsorge.
2. Klimawandel erfordert vorsorgeorientierte Anpassung und Schutz vor Extremwetter.
3. Digitalisierung bietet neue Chancen, verschärft aber zugleich die regionalen Disparitäten.

Breitbandversorgung mit 50 Mbit/s



Anteil der Haushalte in %, die im Dezember 2016 mindestens mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s versorgt werden konnten



Datenbasis: BMI, TÜV Rheinland
Geometrische Grundlage: Gemeinden (generalisiert),
31.12.2014 © GeoBasis-DE/BKG
Farbkarte: Colorbrewer
Bearbeitung: G. Lückmann

Handlungsfelder im Smart Country Ansatz

Governance

IuK & E-Governance

Transparenz & Open data

Kommunale Planung

Mobilität

Lokale und intern. Erreichbarkeit

Nicht-motorisierte Optionen

Integrierte IuK-Technologien

Umwelt

Nachh. Ressourcenmanagement

Gebäude und Quartiere

Attraktive Umwelt

Wirtschaft

Entrepreneurship & Innovation

Produktivität

Lokale & Globale Vernetzung

Menschen

Bildung

Inklusive Gesellschaft

Kreativität & Offenheit

Lebensqualität

Kultur & Freizeit

Sicherheit & Katastrophenschutz

Gesundheitsversorgung

1 Einführung: Zum Begriff ‚Daseinsvorsorge‘

Daseinsvorsorge unter Druck: Herausforderungen

1. Demographischer Wandel (älter, weniger, bunter) berührt alle Bereiche der Daseinsvorsorge.
2. Klimawandel erfordert vorsorgeorientierte Anpassung und Schutz vor Extremwetter.
3. Digitalisierung bietet neue Chancen, verschärft aber zugleich die regionalen Disparitäten.
4. Beihilfeverbot in der EU für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse.

- Marktbezug als Kriterium für wirtschaftliche Tätigkeit:
 - Nicht-wirtschaftlich: klassische Hoheitsverwaltung (Schule, Polizei, Sozialhilfe)
 - Wirtschaftlich: übrige Bereiche mit (faktischen) Märkten
- Beihilfekontrolle entfällt, wenn
 - Leistungen nicht im Wettbewerb stehen (Hausmüll, Abwasser),
 - kein Wettbewerber beeinträchtigt wird (Schwimmbäder, Krankenhäuser),
 - es um reine Infrastrukturfinanzierung / Lastenausgleich geht (Straßen, Veranstaltungsräume, ÖPNV-Zuschüsse)

Problematische Bereiche:

- Energieversorgung
- Straßen-, Schienen- und Schiffsverkehr
- bestimmte Sozialleistungen (Altenpflege, Krankenhäuser, Jugendeinrichtungen)
- Kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen (Museen, Theater, Festivals etc.)
- Sportförderung

1 Einführung: Zum Begriff ‚Daseinsvorsorge‘

Daseinsvorsorge unter Druck: Herausforderungen

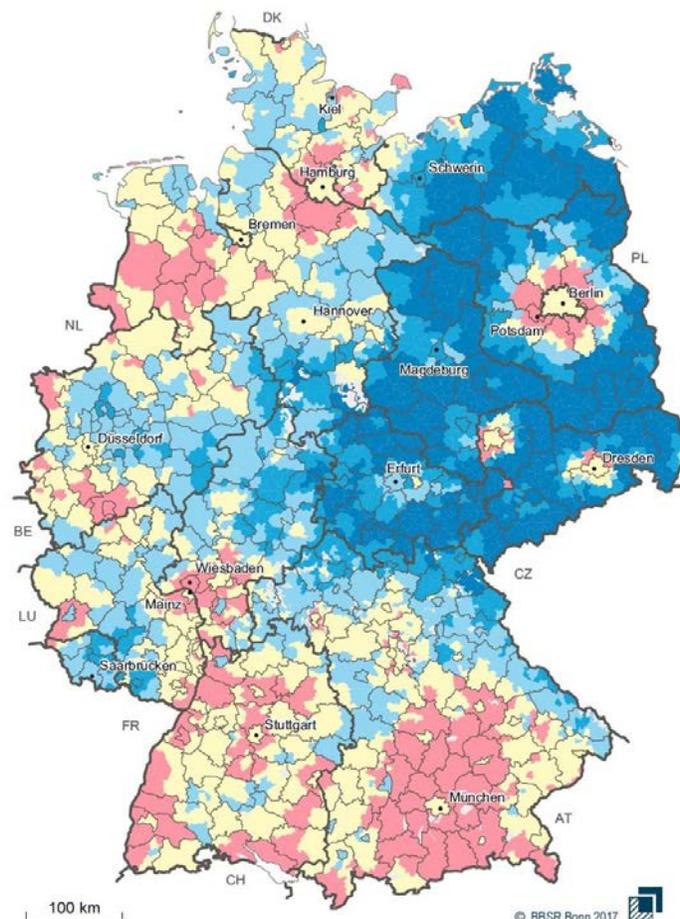
1. Demographischer Wandel (älter, weniger, bunter) berührt alle Bereiche der Daseinsvorsorge.
2. Klimawandel erfordert vorsorgeorientierte Anpassung und Schutz vor Extremwetter.
3. Digitalisierung bietet neue Chancen, verschärft aber zugleich die regionalen Disparitäten.
4. Beihilfeverbot in der EU für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse.
5. Daseinsvorsorge ist ein äußerst komplexes Politikfeld mit erheblichem Koordinationsbedarf.

- Daseinsvorsorge wird gestaltet über
 - Finanzpolitik (Steuern, Finanzausgleich)
 - Verkehrspolitik,
 - Sozial- und Arbeitsmarktpolitik,
 - regionale Strukturpolitik,
 - Agrar(struktur)politik,
 - Senioren- und Gesundheitspolitik
 - u.a.m.

- Zuständigkeit v.a. bei **Ländern** und **Kommunen**
Landes- und Regionalplanung erbringen eine wichtige Integrations- und Koordinationsleistung:
- Informationsaufbereitung (z.B. zu Tragfähigkeiten und Erreichbarkeiten),
 - Regulierung innerhalb des öffentlichen Sektors
 - Kommunikation (z.B. Moderation von regionalen Prozessen).

2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter

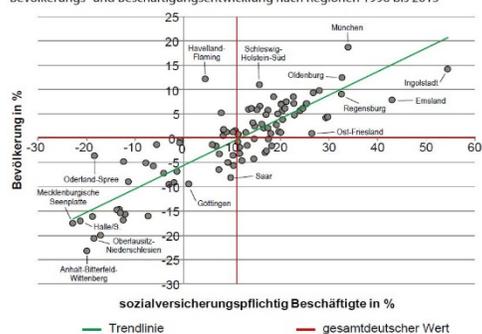


Veränderung der Bevölkerungszahl 2012 bis 2035 in %



Datenbasis: BBSR-Bevölkerungsprognose 2012-2035/Zensus
Geometrische Grundlage: Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände (generalisiert), 31.12.2013 © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: C. Schlömer

Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung nach Regionen 1996 bis 2015



© BBSR Bonn 2016

Anmerkung: Analyseebene sind die 97 Raumordnungsregionen, die jeweils durch einen Punkt im Diagramm dargestellt werden. Quelle: Laufende Raumbeobachtung des BBSR

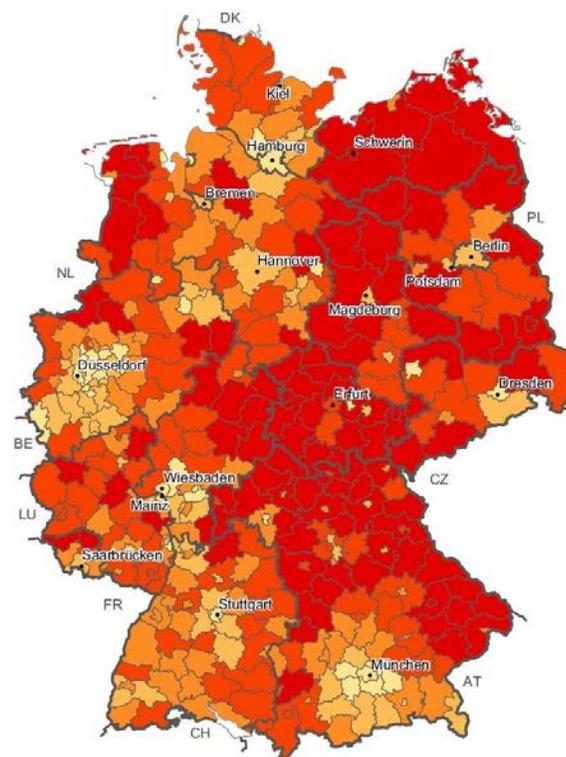
- Großstadtreionen haben zwischen 2005 und 2015 über 1,4 Mio. Einwohner gewonnen.
- Zeitgleich sind 37 % der Mittelstädte und 52 % der Kleinstädte geschrumpft.
- Die zugrunde liegenden Wanderungsmuster dürften auch künftig Bestand haben.
- Die räumlichen Disparitäten werden sich durch die Auswirkungen des Demographischen Wandels bis 2035 auch hinsichtlich der Aspekte der Daseinsvorsorge weiter verstärken.

2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter



Änderung des Durchschnittsalters 2012 bis 2035



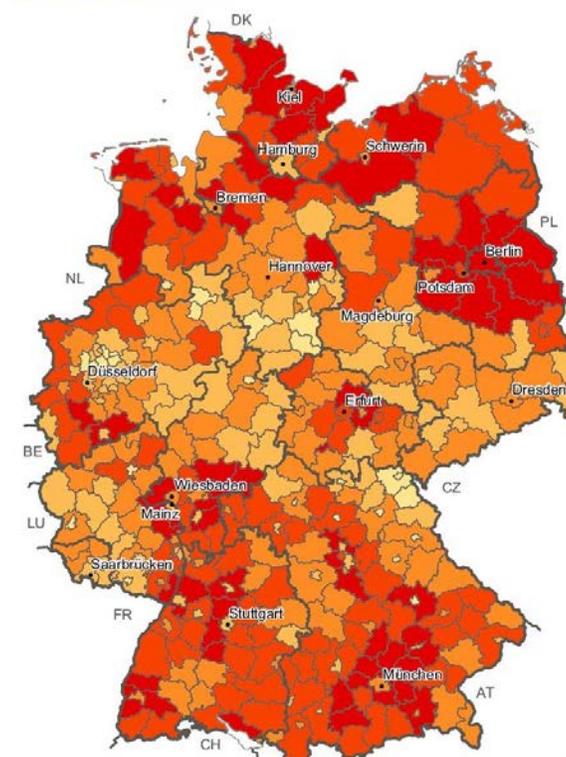
100 km

Änderung (Differenz) des Durchschnittsalters der Bevölkerung 2012 bis 2035 in Jahren



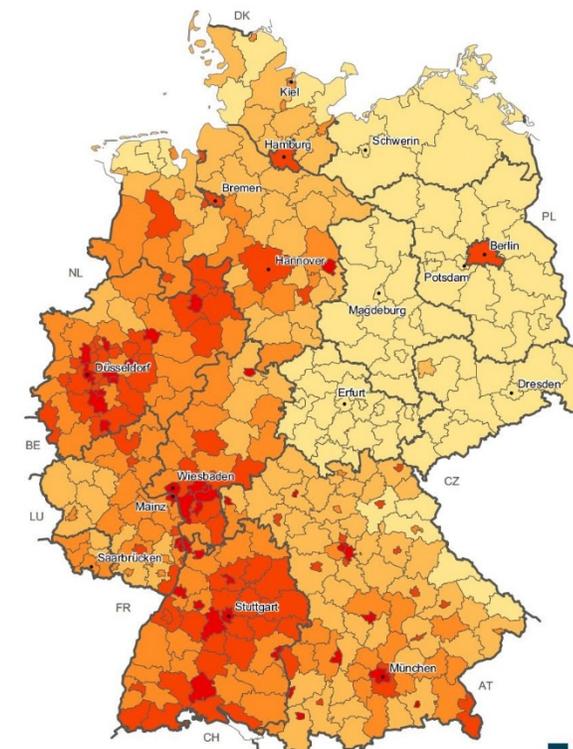
Datenbasis: BBSR-Bevölkerungsprognose 2012-2035/Zensus
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2015 © GeoBasis-DE/BKG

Hochbetagte 2012 bis 2035



© BBSR Bonn 2017

Veränderung der über 80-Jährigen 2012 bis 2035 in %



100 km

Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung im Jahr 2011 in %

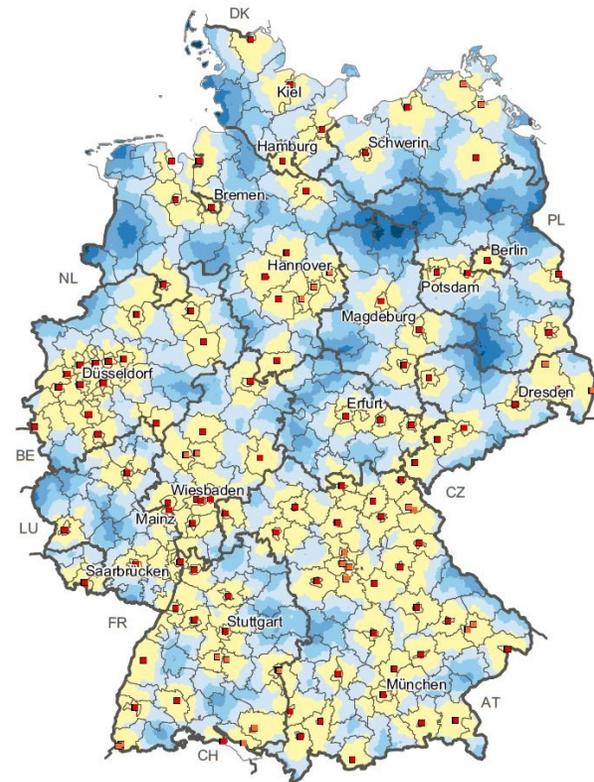


Datenbasis: Zensus 2011
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert),
31.12.2009 © BKG/GeoBasis-DE
Bearbeitung: C. Schlömer

- Die meisten Großstädte können ihre Altersstruktur durch Zuwanderung stabil halten.
- In vielen ländlichen und Umlandregionen der Großstädte steigt der Altersdurchschnitt stärker.
- Insgesamt werden 2035 knapp 7 Millionen Menschen über 80 Jahre alt sein.

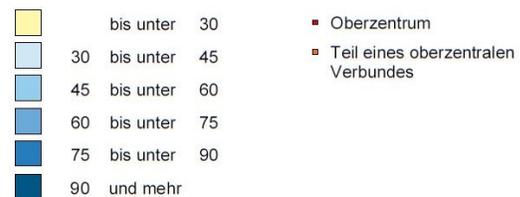
2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Motorisierter Individualverkehr

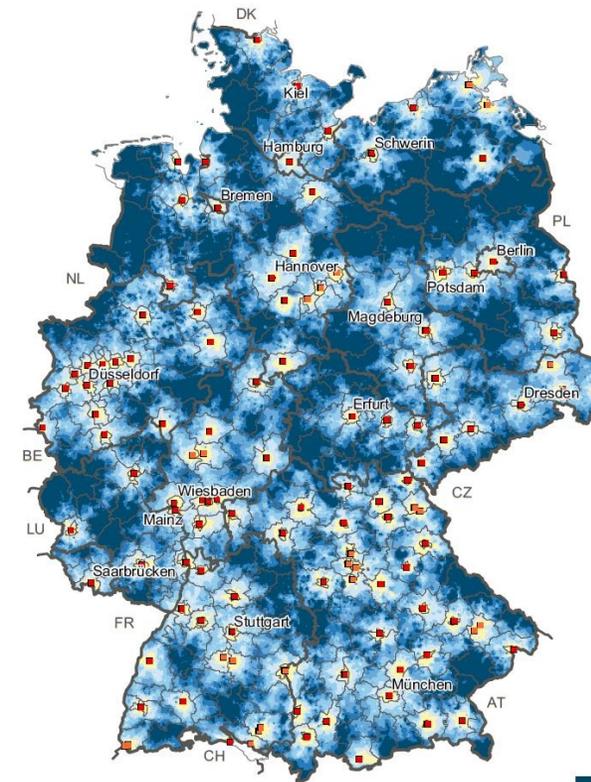


100 km

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Oberzentrum 2016 in Minuten

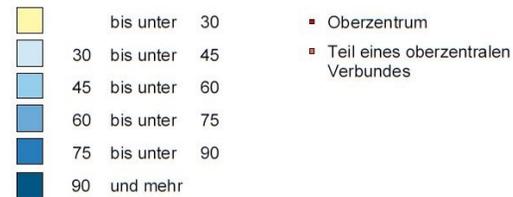


Öffentlicher Verkehr

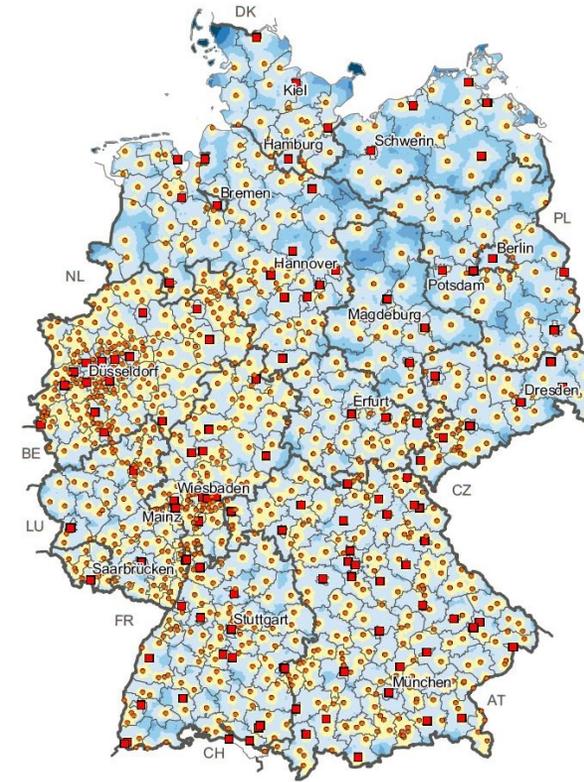


© BBSR Bonn 2017

Reisezeit mit dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) zum nächsten Oberzentrum in Minuten (ermittelt am 7.6.2016 mit einer Ankunftszeit zwischen 8:00 und 12:00 Uhr)

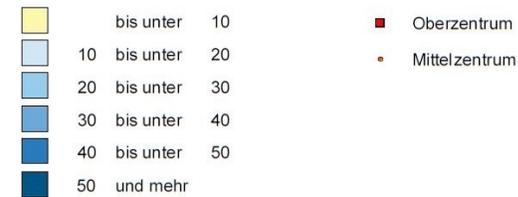


Motorisierter Individualverkehr

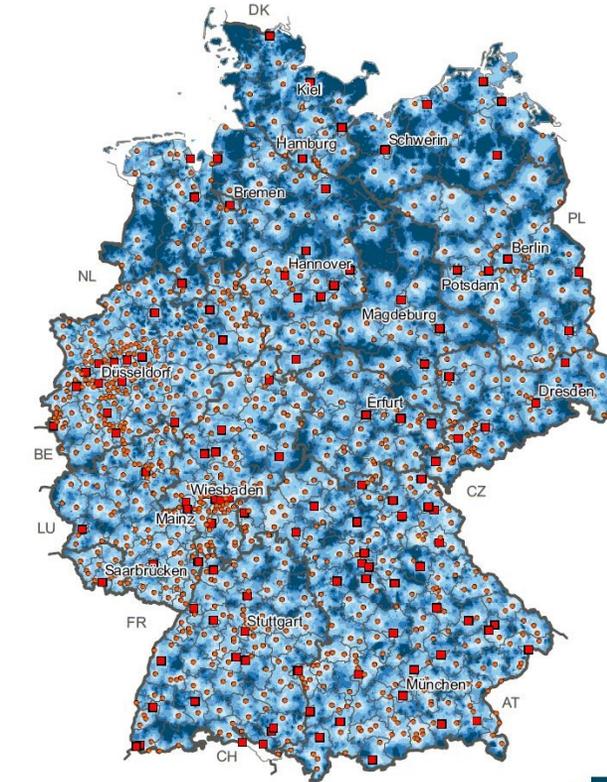


100 km

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Ober- oder Mittelzentrum 2016 in Minuten

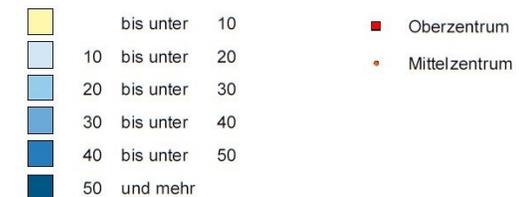


Öffentlicher Verkehr



© BBSR Bonn 2017

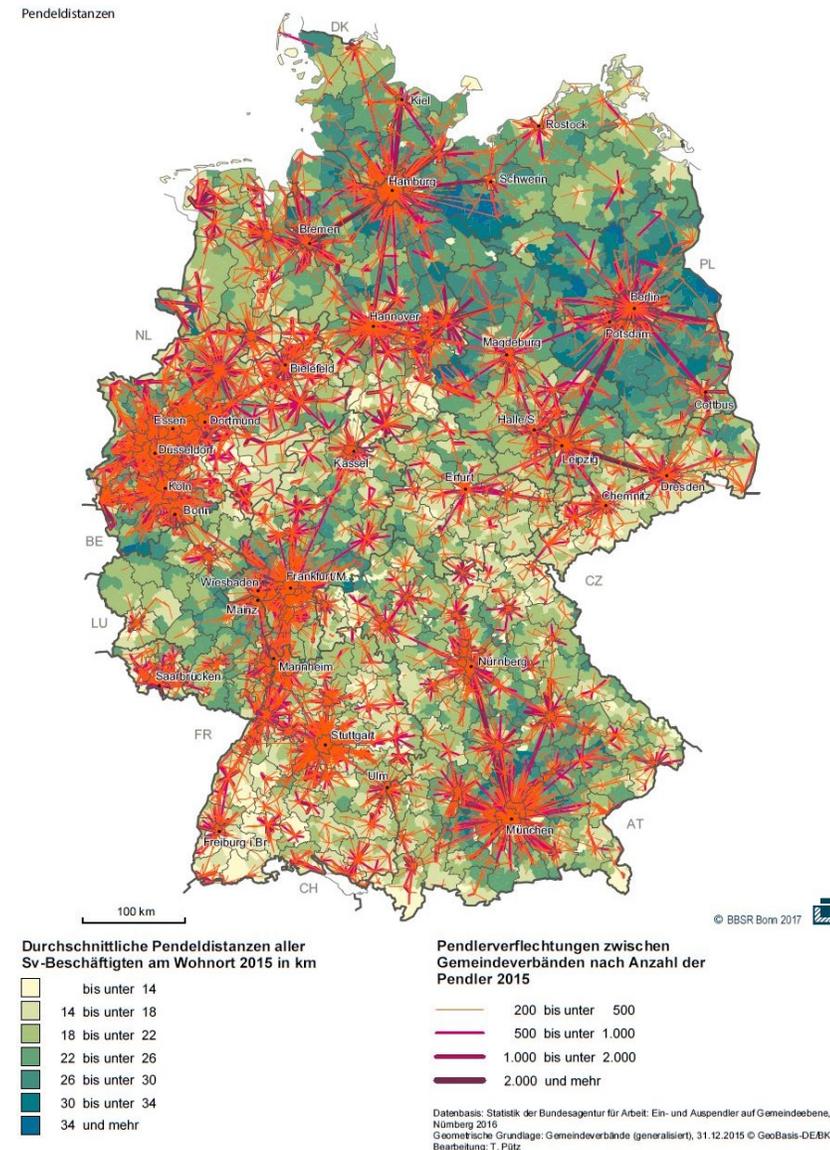
Reisezeit mit dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) zum nächsten Ober- oder Mittelzentrum in Minuten (ermittelt am 7.6.2016 mit einer Ankunftszeit zwischen 8:00 und 12:00 Uhr)



2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter

- Während im Jahr 2000 noch 53 % aller Arbeitnehmer pendelten, waren es 2015 bereits 60 %.
- Auch die durchschnittliche Länge des einfachen Arbeitsweges stieg: von 14,6 km auf 16,8 km.
- Besonders lang sind die Pendeldistanzen in den dünn besiedelten Räumen abseits der Ballungsräume.
- Dünn besiedelte, periphere Kreise haben den höchsten Motorisierungsgrad (bis zu 600 Pkw/1.000 Ew.).
- 9 Mio. Menschen können kein ÖPNV-Angebot fußläufig erreichen.
- 28 % der Bevölkerung können keinen Lebensmittelmarkt fußläufig erreichen (Distanz < 1 km).

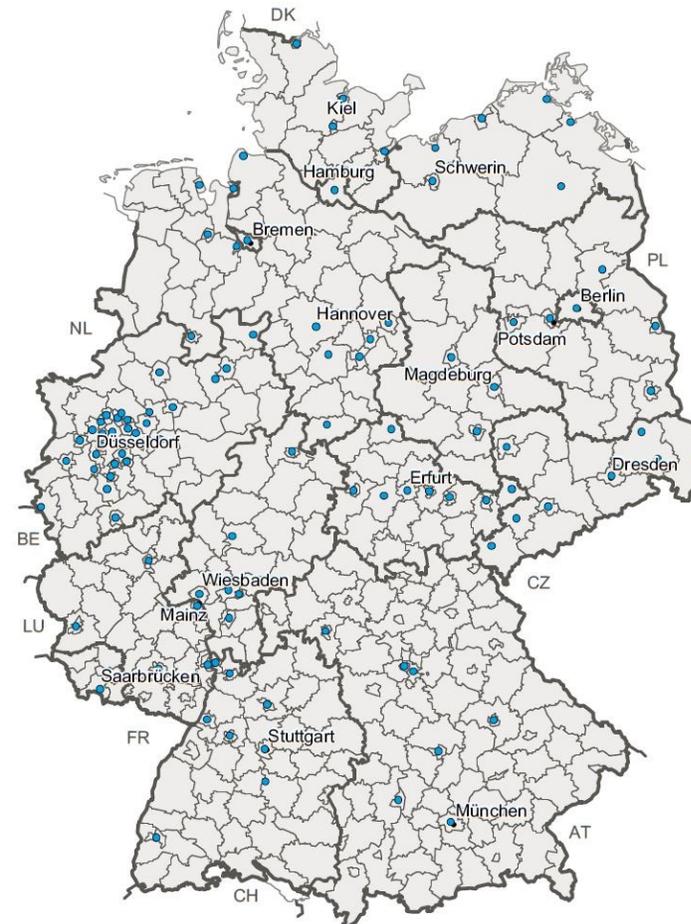


2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter



Berufsfeuerwehr

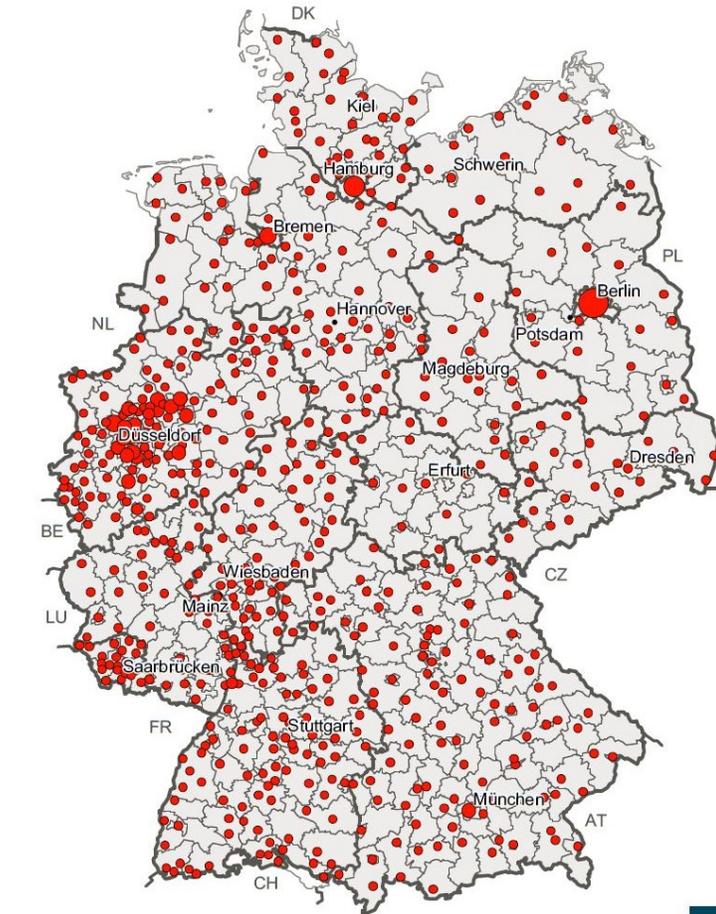


100 km

Gemeinden mit Berufsfeuerwehr 2016

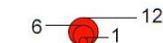


THW-Standorte



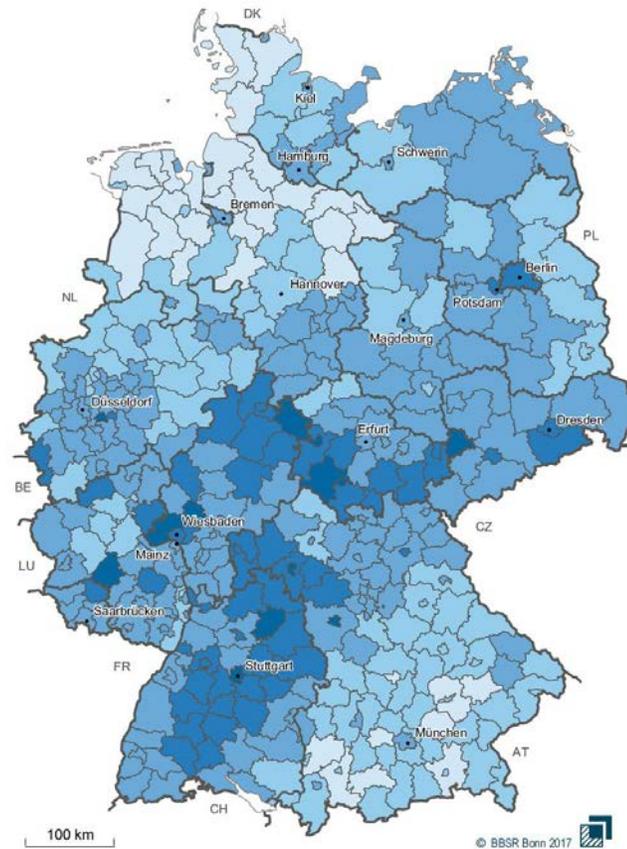
© BBSR Bonn 2017

Anzahl der Ortsverbände des
Technischen Hilfswerks 2012



2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter

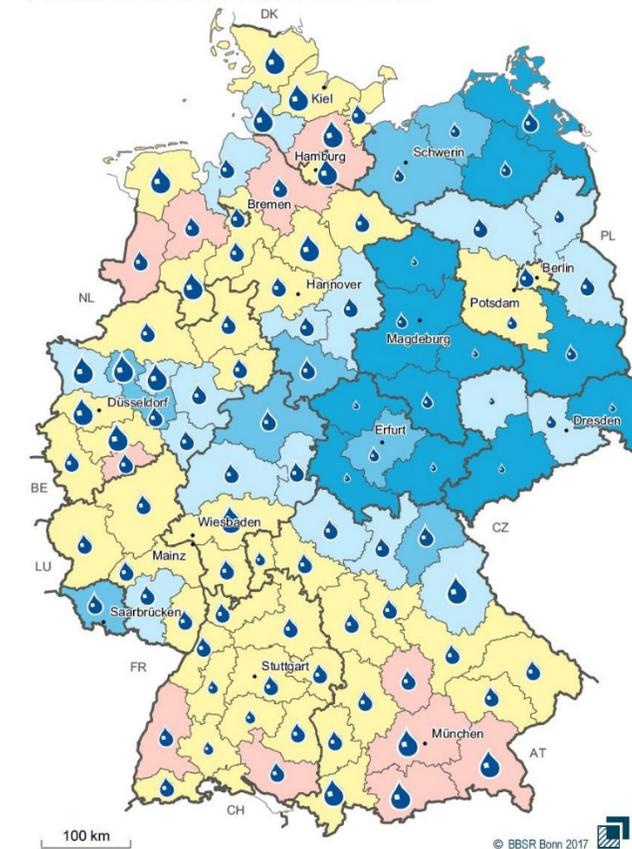


Verbrauchsabhängiges Wasserentgelt in EUR je m³ 2013



Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, Statistisches Bundesamt
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2015
© GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: G. Lackmann

Demografische Auswirkungen auf den Wasserverbrauch



Prognostizierte Veränderung der Bevölkerung im Zeitraum 2012 bis 2035 in %



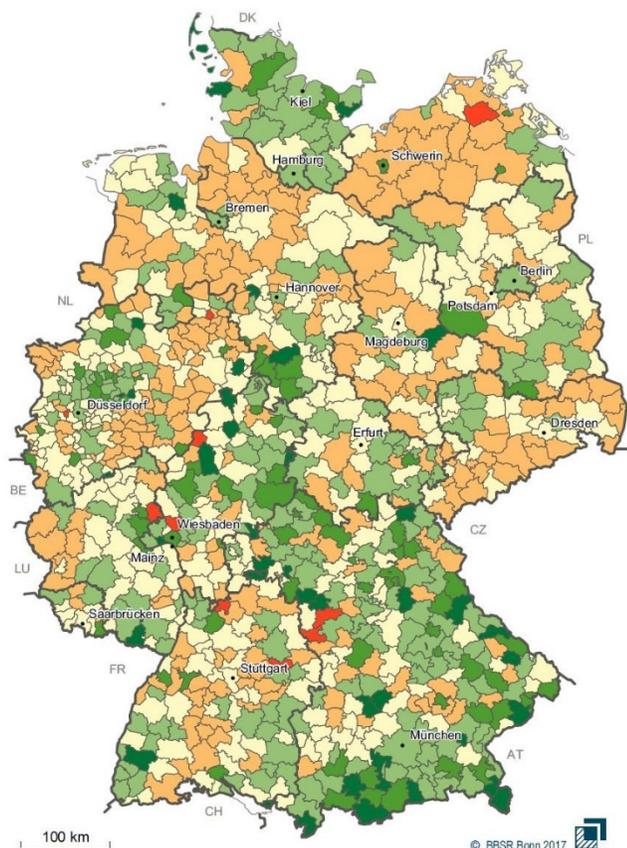
Wasserabgabe in Liter je Einwohner und Tag 2013



Datenbasis: Laufende Raumbearbeitung des BBSR, Statistisches Bundesamt, BBSR-Bevölkerungsprognose 2012-2035/Zensus
Geometrische Grundlage: Raumordnungsregionen, aggregiert aus: Kreise (generalisiert), 31.12.2014 © BKG/GeoBasis-DE
Bearbeitung: G. Lackmann

2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter



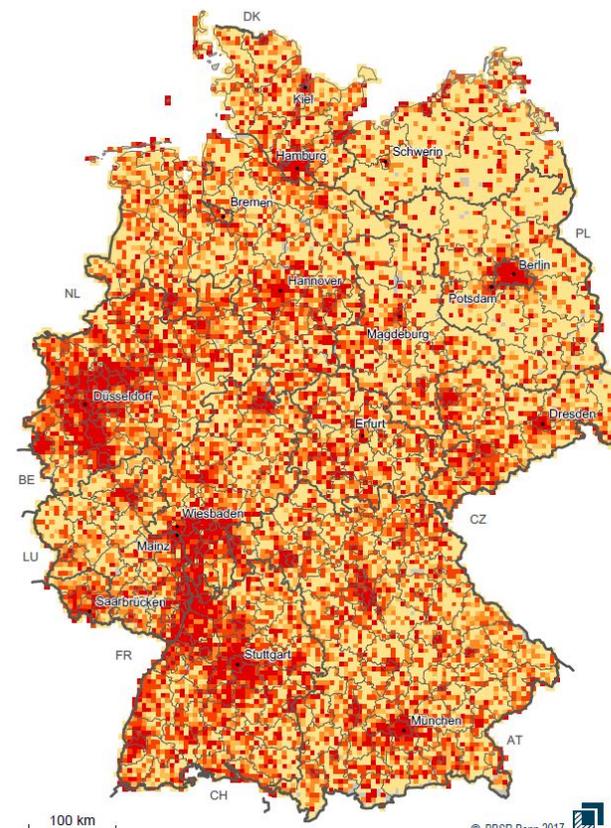
Versorgungsgrad bei Hausärzten 2016 in %

- bis unter 75
- 75 bis unter 100
- 100 bis unter 110
- 110 bis unter 120
- 120 bis unter 130
- 130 und mehr

Hinweise: Hausärzte gemäß Abgrenzung nach der Bedarfsplanungsrichtlinie. Der Versorgungsgrad (VG) berechnet sich aus dem Verhältnis von SOLL-Arztzahl gemäß Verhältniszahl und regionaler IST-Arztzahl und wird in % angegeben. Regionale Abgrenzungsebene sind nach § 7 Bedarfsplanungsrichtlinie die Mittelbereiche unter Berücksichtigung regionaler Abweichungen. Bei einem Versorgungsgrad von unter 75 % ist eine Unterversorgung anzunehmen, bei Werten von mindestens 110 % eine Überversorgung.

Datenbasis: KBV BPL-Umfrage 31.12.2016; ergänzend VG Bayern von Januar 2017, VG und Abgrenzung Mittelbereiche Ostalb 1-5 (Baden-Württemberg) von Februar 2017, VG Niedersachsen von April 2017. Geometrische Grundlage: nach Bedarfsplanung 2016 angepasste BBSR-Mittelbereiche, aggregiert aus Gemeinden (generalisiert), 31.12.2014 © GeoBasis-DE/BKG Bearbeitung: G. Lackmann

Erreichbarkeit von Hausärzten

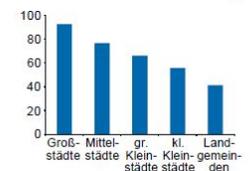


Anteil der Bevölkerung mit maximal 1.000 m Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt 2015 in %

- bis unter 20
- 20 bis unter 40
- 40 bis unter 60
- 60 bis unter 80
- 80 und mehr
- keine Bevölkerung

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Ver-zu-Wem-Verlag (umfasst Allgemeinärzte und hausärztlich tätige Internisten). Geometrische Grundlage: 5x5km Rasterzellen Kreise (generalisiert), 31.12.2014 © GeoBasis-DE/BKG Bearbeitung: G. Lackmann

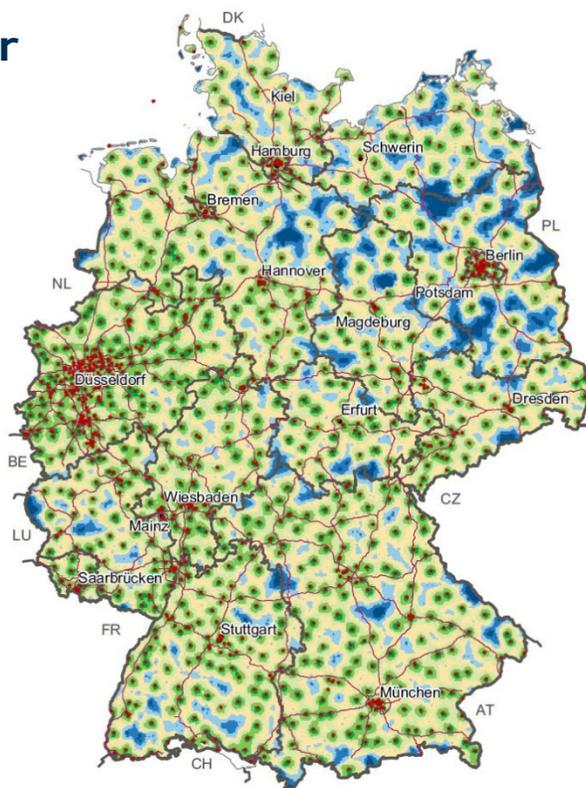
Anteile in % nach Gemeindetyp



In den Landgemeinden haben < 20 % der Bevölkerung einen Hausarzt in einer fußläufigen Erreichbarkeit (< 1 km).

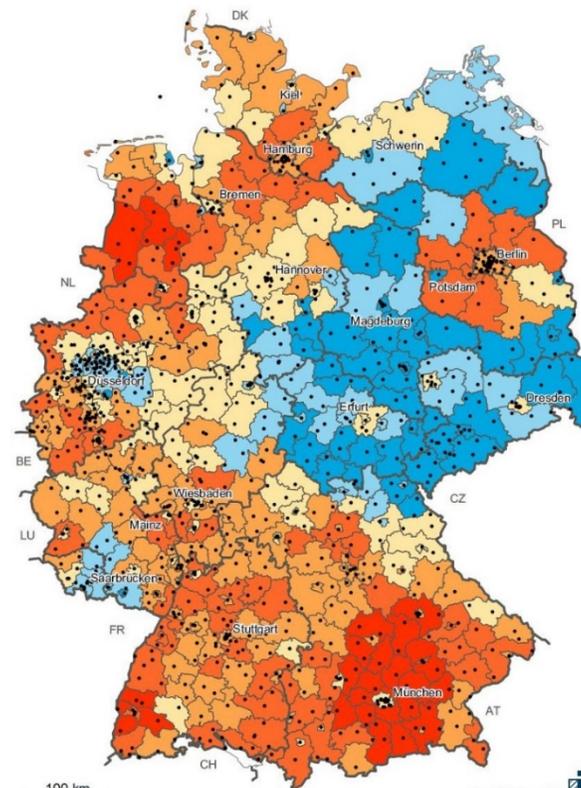
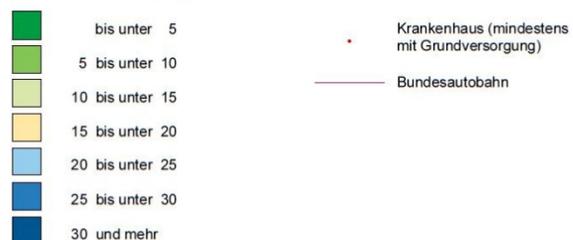
2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter



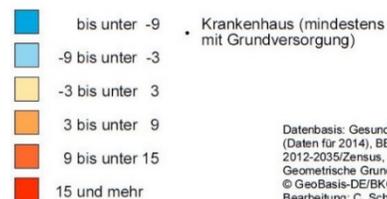
100km

Pkw-Fahrzeit zum nächsten Krankenhaus der Grundversorgung 2016 in Minuten



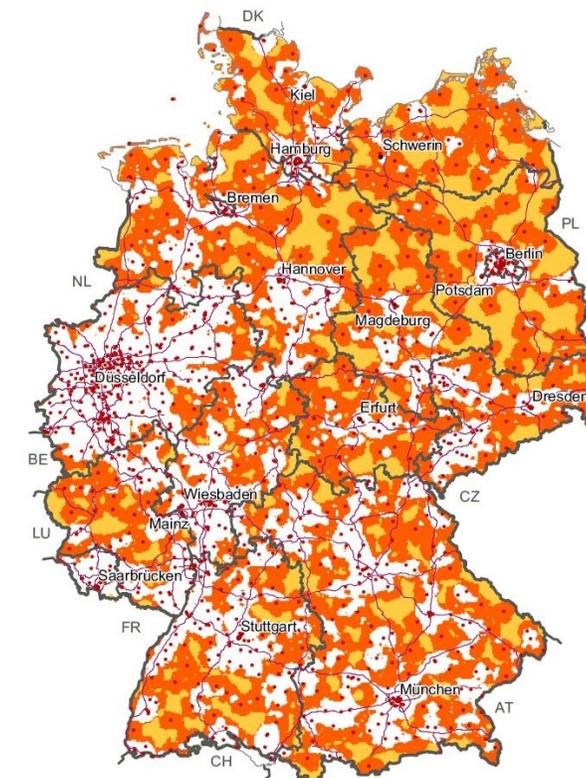
100 km

Demografisch bedingte Veränderung der Zahl der Krankenhausfälle und der durchschnittlichen Verweildauer im Krankenhaus 2014 bis 2035 in %



Datenbasis: Gesundheitsberichterstattung des Bundes (Daten für 2014), BBSR-Bevölkerungsprognose 2012-2035/Zensus, eigene Berechnungen
Geometrische Grundlage: Kreise, 31.12.2014 (generalisiert), © GeoBasis-DE/BKG
Bearbeitung: C. Schlömer, G. Lackmann

Wegfallszenario



© BBSR Bonn 2017

Überschreiten der 20-Minuten Pkw-Fahrzeitschwelle

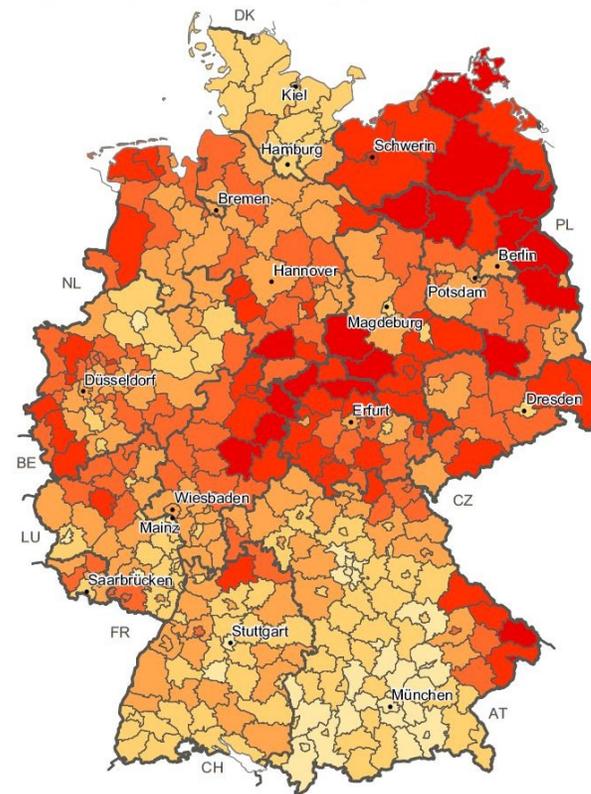


2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter

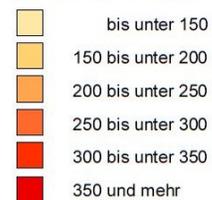


Pflegebedürftige in häuslicher Versorgung

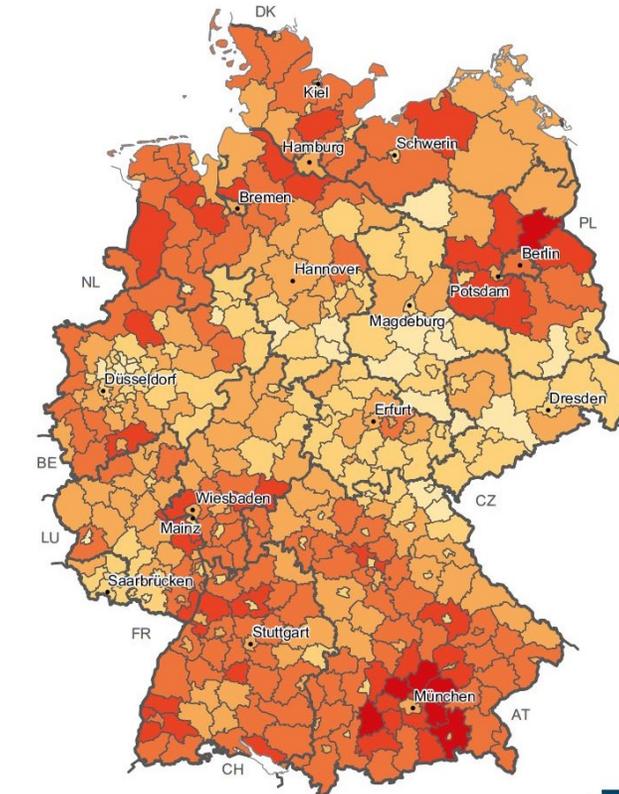


100 km

Zu Hause versorgte Pflegebedürftige
je 10.000 Einwohner 2013



Entwicklung Pflegebedürftige



© BBSR Bonn 2017

Entwicklung der Zahl der Pflege-
bedürftigen* von 2015 bis 2035



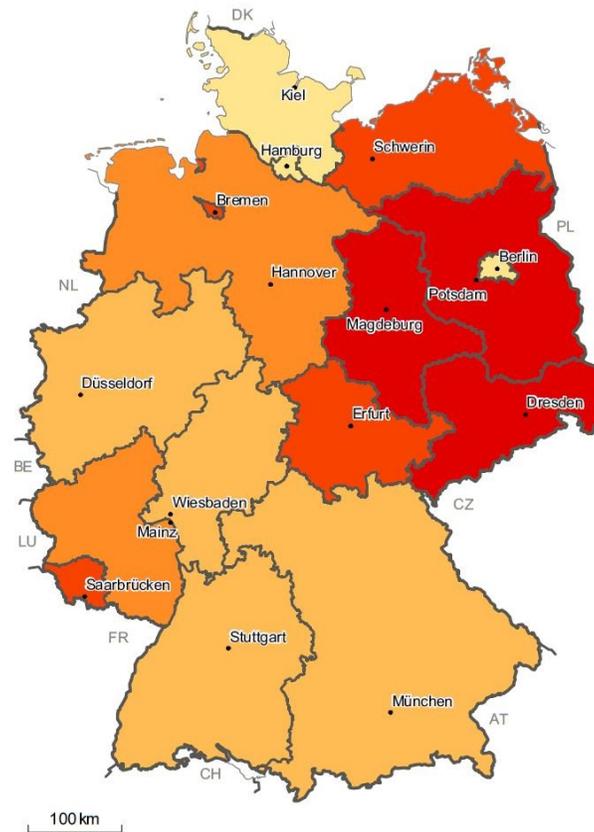
* Ambulante und stationäre
Pflege, alle Pflegestufen

2 Demographische und raumstrukturelle Entwicklungstrends

Schlaglichter



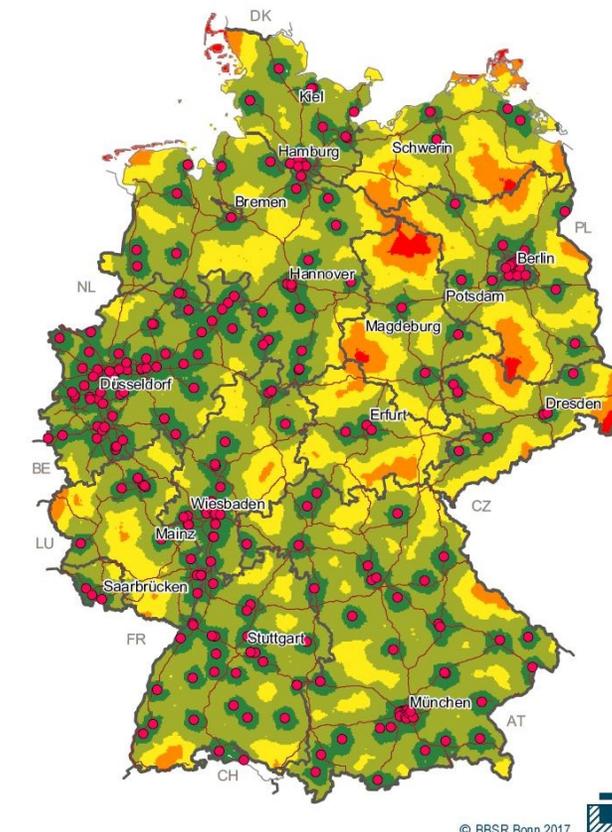
Sterblichkeit bei Herzinfarkt



An akutem Myokardinfarkt Verstorbene je 100.000 Einwohner nach Ländern (Wohnort) 2014



Erreichbarkeit von Herznotfallambulanzen



PKW-Fahrzeit zur nächsten Herznotfallambulanz (CPU) 2017 in Minuten



3 Raumordnungspolitische Ansätze

Grundsatz der Raumordnung

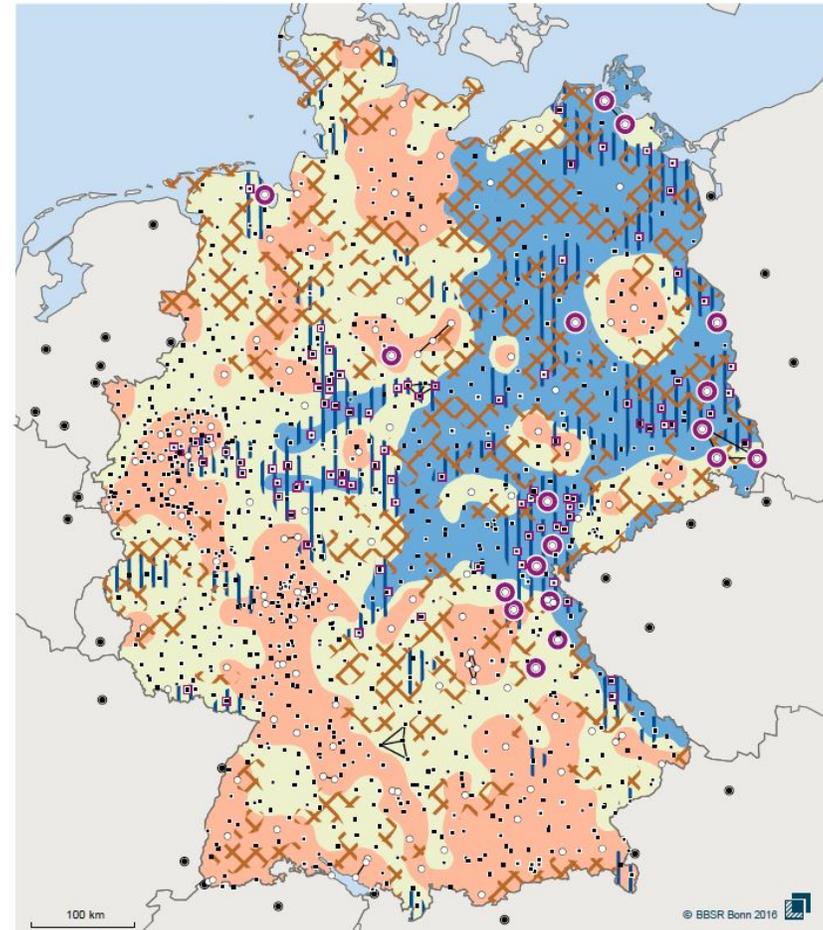
Die Versorgung mit Dienstleistungen und Infrastrukturen der **Daseinsvorsorge**, insbesondere die Erreichbarkeit von Einrichtungen und Angeboten der Grundversorgung für alle Bevölkerungsgruppen, ist zur Sicherung von Chancengerechtigkeit in den Teilräumen in angemessener Weise zu gewährleisten; dies gilt auch in dünn besiedelten Regionen.

ROG § 2 (2)



Leitbild der Raumentwicklung

Daseinsvorsorge



Die Karte veranschaulicht lediglich beispielhaft das Leitbild. Die Signaturen stellen keine planerischen Festlegungen dar.

Demografisch bedingter Handlungsbedarf - Betroffenheit von Alterung und Bevölkerungsrückgang

- niedrig
- mittel
- hoch

Tragfähigkeit der Daseinsvorsorge und Versorgungsqualität

- in ihrer Tragfähigkeit zu sichermde Oberzentren
- in ihrer Tragfähigkeit zu sichermde Mittelzentren
- ||| Räume mit zu sichermder Tragfähigkeit
- ⊠ Erreichbarkeit von Versorgungseinrichtungen sicherm

Zentrale Orte Stand 2014

- Oberzentren
- Mittelzentren
- Oberzentrale Städteverbände
- Mittelzentrale Städteverbände mit oberzentralen Teilfunktionen
- Städte mit oberzentralen Funktionen in Nachbarstaaten

Datenbasis: Laufende Raumbeobachtung des BBSR, Erreichbarkeitsmodell des BBSR, BBSR-Bevölkerungsprognose 2012-2035/Zensus Geometrische Grundlage: Bearbeitung: T. Pütz

3 Raumordnungspolitische Ansätze

Zentrale-Orte-Ansatz



Strategische Weiterentwicklung der Zentrale-Orte-Konzepte



© BBSR Bonn 2017

3 Raumordnungspolitische Ansätze

Daseinsvorsorge in Raumordnungsplänen

Tabelle 2

Daseinsvorsorge in den Landesraumordnungsplänen und -programmen

Bundesland	Jahr	Kapitel Daseinsvorsorge	Begriffsbestimmung	Gesundheit		Bildung		Kultur / Sport		Wasserversorgung		Abwasserentsorgung		Abfallentsorgung		ÖPNV		Sicherheit / Ordnung		
				Z	G	Z	G	Z	G	Z	G	Z	G	Z	G	Z	G			
BB	2009	nein	nein																	
BW	2002	nein	nein																	
BY	2013	nein	nein																	
HE	2000	nein	nein																	
MV	2016	ja	nein																	
NI	2017	nein	nein																	
NW	2017	nein	nein																	
RP	2008	ja	ja																	
SL	2006	nein	nein																	
SN	2013	ja	ja																	
ST	2011	ja	nein																	
SH	2010	ja	nein																	
TH	2014	ja	ja																	

Legende:

blau = textliche Festlegung im Landesraumordnungsplan/-programm vorhanden

rot = keine textliche Festlegung im Landesraumordnungsplan/-programm vorhanden

Z = Ziel der Raumordnung, G = Grundsatz der Raumordnung

© BBSR Bonn 2017



3 Raumordnungspolitische Ansätze

Ausgewählte Aspekte: Mobile und digitale Angebote

Erreichbarkeits- und Tragfähigkeitsprobleme durch Demographischen Wandel

→ Stationäre versus mobile und digitale Angebote



→ Input-Orientierung versus Outcome-Orientierung

Bildung

Schule

diskriminierungsfreier Zugang zu Bildung

Gesundheit

Hausarztpraxis

medizinisch „Versorgt-Sein“

Handel

Supermarkt

Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs

Verkehr

Haltestelle

gesicherte Mobilität

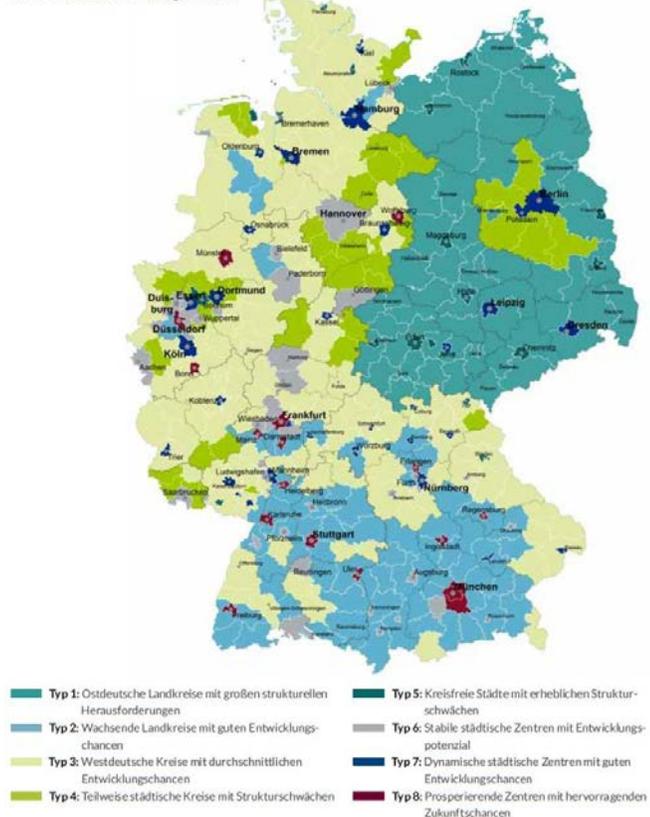
3 Raumordnungspolitische Ansätze

Ausgewählte Aspekte: Mobile und digitale Angebote

„Smart Country“ regional gedacht

- Digitalisierung bietet Lösungen, verschärft aber zugleich regionale Disparitäten
- „Breitband“-Ausbau auf 50 Mbit/s ist noch keine Strategie

KARTE 4 Räumliche Verteilung der Cluster



	Governance	Mobilität	Umwelt	Wirtschaft	Gesellschaft	Lebensqualität
Ostdeutsche Landkreise mit großen strukturellen Herausforderungen (1)	2	1	3	2	1	1
Wachsende Landkreise mit guten Entwicklungschancen (2)	3	2	2	3	3	3
Westdeutsche Kreise mit durchschnittlichen Entwicklungschancen (3)	3	2	3	2	2	3
Teilweise städtische Kreise mit Strukturschwächen (4)	3	2	3	2	2	3
Kreisfreie Städte mit erheblichen Strukturschwächen (5)	3	3	3	3	2	2
Stabile städtische Zentren mit Entwicklungspotenzial (6)	2	3	3	3	3	2
Dynamische städtische Zentren mit guten Entwicklungschancen (7)	2	3	2	3	2	3
Prosperierende Zentren mit hervorragenden Zukunftschancen (8)	2	3	2	3	2	3

Wert 1 = erste Priorität; Wert 2 = zweite Priorität; Wert 3 = dritte Priorität

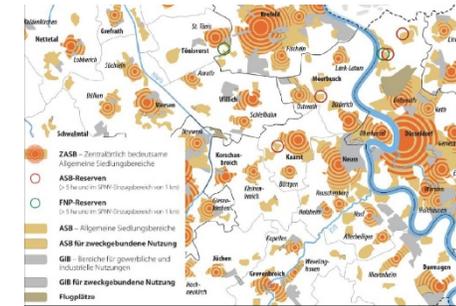
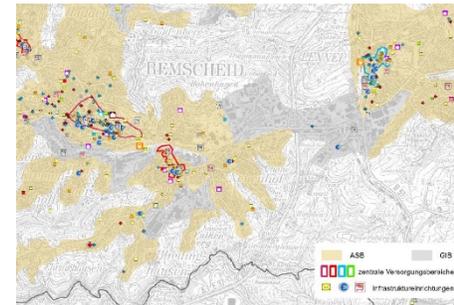
Quelle: Eigene Darstellung

BertelsmannStiftung

3 Raumordnungspolitische Ansätze

Ausgewählte Aspekte: Strategische Steuerung auf regionaler Ebene

- Voraussetzung ist ein **regionales Monitoring**



- Bestehende **Steuerungsmöglichkeiten** werden oftmals nicht genutzt:
 - Abgrenzung zentralörtlicher Bereiche auf Basis von Erreichbarkeitsstandards
 - Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf zentralörtlich bedeutsamen Siedlungsbereiche
 - Verknüpfung mit der Krankenhausbedarfsplanung
 - Verknüpfung mit der Schulentwicklungsplanung
 - Verknüpfung mit der kassenärztlichen Bedarfsplanung über die Abgrenzung von Mittelbereichen (Hausärzte) und Regionalplanungsregionen (spezialisierte Fachärzte)
 - Verknüpfung mit der Finanzierung von kommunalen Daseinsvorsorgeangeboten über die Finanzausgleichsgesetze der Länder

3 Raumordnungspolitische Ansätze

Ausgewählte Aspekte: Nutzersolidarität und alternative Leistungserbringung

- Beispiel **Einzelhandel**: zentrale privatwirtschaftliche Dienstleistung der Daseinsvorsorge
 - Großflächiger Einzelhandel: regional steuerbar; i.d.R. auf Ober- und Mittelzentren beschränkt
 - Örtlicher Bedarf: kaum steuerbar; alternative Versorgungsmodelle (Dorfläden, mobile Dienste)



- Denkbar: Beeinträchtigungsverbot auch für „kleine“ Standorte in „bedrohten“ Lagen
- **Ehrenamtliches Engagement**
 - nicht neu: z.B. Freiwillige Feuerwehr, THW, Volkshochschulen, Nachbarschaftshilfe, etc.
 - aber: die meisten Leistungen der Daseinsvorsorge werden hauptamtlich erbracht
 - Das Potenzial des Ehrenamts zur Substitution öffentlicher Angebote ist begrenzt

4 Raumordnungspolitisches Fazit

Thesen

- Daseinsvorsorge im Sinne der Bereitstellung der für ein menschliches Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen (Grundversorgung) ist politisch breit akzeptiert.
- Öffentliche Leistungen sind im Interesse der Allgemeinheit auch dann zu erbringen, wenn der Markt nicht genügend Anreize dafür bietet.
- Gegenwärtige Rahmendbedingungen (Demographischer Wandel, Klimawandel, Digitalisierung, EU-Binnenmarktregeln, Koordinationsbedarfe) gefährden Leistungen der Daseinsvorsorge. Dies gilt insbesondere für dünn besiedelte, periphere ländliche Räume, aber auch für abgehangene städtische Quartiere.
- Anforderungen an Erreichbarkeit, Qualitäts- und Preisniveaus wandeln sich ständig. Staat und Gemeinden entscheiden über Prioritäten und Mindestangebote.
- In der Debatte um die künftige Ausgestaltung gibt es eine mangelhafte Kostentransparenz (Kosten der Aufrechterhaltung bestimmter Mindeststandards und Erreichbarkeitsniveaus).
- Die simplifizierende Debatte um einen Rückzug aus der Fläche ist weder planungspraktisch relevant, noch vermag sie der gesellschaftlichen Problematik gerecht zu werden.

4 Raumordnungspolitisches Fazit

Implikationen

- ✓ Angebote der Daseinsvorsorge, insb. der sozialen Infrastruktur, vorrangig in zentralörtlich bedeutsamen Siedlungsbereichen bündeln
- ✓ Zentrale Orte-System unter Berücksichtigung der Langfristkosten straffen und auf Kernbereiche (angemessene Grundversorgung) konzentrieren
- ✓ Aufbau landesweiter und regionaler Monitorings der Daseinsvorsorge
- ✓ Paradigmenwechsel von der Input-Orientierung zur Outcome-Orientierung mit flexiblen Angeboten
- ✓ Abgrenzung zentralörtlicher Bereiche auf Basis von Erreichbarkeitsstandards
- ✓ Festlegung von Standards für Erreichbarkeit und Tragfähigkeit von zentralörtlichen Angeboten
- ✓ Überprüfung von Ausstattungsstandards und Erprobung alternativer Leistungsformen
- ✓ Ausrichtung der Siedlungsentwicklung auf zentralörtlich bedeutsamen Siedlungsbereiche
- ✓ Moderation von fachübergreifenden regionalen Dialogprozessen
- ✓ Verknüpfung der Landes- und Regionalplanung mit Schulentwicklungsplanung, Krankenhaus- und kassenärztliche Bedarfsplanung sowie dem Finanzausgleich